



Bundesrat offen für neue Pass-Vorlage

Beim Nein zum biometrischen Pass will die Regierung mit der EU das Gespräch suchen

RUEDI STUDER, Bern

Lehnt das Stimmvolk die Vorlage zum Biometrie-Pass ab, will der Bundesrat eine neue Vorlage prüfen und falls nötig mit der EU eine längere Übernahmefrist aushandeln. Bei einem Ja hingegen prüfen die Gegner den Gang an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

49 Prozent für die Vorlage über den biometrischen Pass, 37 Prozent dagegen, 14 Prozent unentschieden – so das Stimmungsbild der vor zehn Tagen veröffentlichten SRG-Umfrage. Doch trotz diesem Vorsprung der Befürworter könnte das morgige Abstimmungsresultat knapp ausfallen – denn erfahrungsgemäss kippen oft viele Unentschiedene ins Nein-Lager.

Tragen morgen die Gegner den Sieg davon, kommt der Bundesrat in Zugzwang. Wenn er nämlich keine neue Vorlage für den biometrischen Pass ausarbeitet, fällt das Schengen-Assoziierungsabkommen zwangsläufig dahin.

KOMPROMISS-VORLAGE. Doch genau dies will die Landesregierung unbedingt verhindern: «Wenn er zum Schluss kommt, dass eine neue Vorlage erarbeitet werden kann, die schengenkonform ist und gleichzeitig den Volkswillen wahrt sowie den praktischen Anliegen der Kantone Rechnung trägt, so würde er eine solche ins Auge fassen und sich – wenn nötig – mit der EU auf eine etwas längere Übergangsfrist zu einigen versuchen», schreibt der Bundesrat in seiner vorgestern veröffentlichten Antwort



auf eine Interpellation von SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Und: «Er würde in jedem Fall das Gespräch mit der EU suchen, um zu verhindern, dass die Assoziierungsabkommen zu Schengen und zu Dublin beendet werden.»

Wie eine neue Kompromiss-Vorlage aussehen könnte, hat die SP mit einer bereits eingereichten Parlamentarischen Initiative vorgezeichnet: So soll auf die «Überwachungsdatenbank» verzichtet und die Wahlfreiheit bei der Identitätskarte gewährleistet werden – nicht hingegen beim Pass, weil da Schengen nur den biometrischen Pass zulässt.

KAMPF GEHT WEITER. Auch für das Referendumskomitee der Freiheitskampagne sind der Verzicht auf die (Fingerabdruck-)Datenbank sowie die Wahlfreiheit bei der Identitätskarte die Minimalforderungen. Zur Biometriepflicht beim Reisepass hingegen würden in diesem Fall «wohl viele Gegner zähneknirschend Ja sagen», erklärt Komiteesprecher und Jung-SVpler Robert Devenoges gegenüber der BaZ.

Für den harten Kern der Biometrie-Gegner wäre zwar auch bei einer solchen Neuauflage ein neuerliches Referendum noch nicht definitiv vom Tisch, doch die Erfolgsaussichten wären ziemlich klein. «Ich würde zwar unterschreiben, mich aber nicht mehr an vorders-

ter Front engagieren», so Devenoges.

Doch auch bei einem Ja zur Vorlage ist das Thema noch nicht vollends vom politischen Parkett: Dann wollen die Kritiker die umstrittenen Teile allenfalls über parlamentarische Vorstösse zu korrigieren versuchen. «Ein Volksentscheid ist zu akzeptieren, aber wir werden uns Überlegungen machen, um gewisse Verbesserungen zu erreichen», sagt der Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann für den Ja-Fall. «Insbesondere bei der Identitätskarte muss die Wahlfreiheit weiter gewährleistet bleiben.»

Und die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer behält sich bei einem Ja vor, in Sachen Datenbank tätig zu werden: So müsse die Datensicherheit gewährleistet werden, allenfalls über dezentrale Datenbanken. Auch die Speicherfrist – heute 20 Jahre – müsse überdacht werden.

VOR GERICHT. Doch nicht nur über das Parlament könnte bei einem Ja der neuerliche Widerstand laufen, sondern auch über einen Gang an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Dieser kam in einem Urteil vom Dezember 2008 zum Schluss, dass die zeitlich unbegrenzte «Vorrats-speicherung» von DNA- und Zellproben sowie Fingerabdrücken in einer Datenbank ein Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte darstelle. Allerdings ging es im konkreten Fall um eine Datenbank zur Verbrechensbekämpfung mit unbegrenzter Speicherungsfrist.

Trotzdem schöpfen die Datenbank-Gegner aus diesem Urteil Hoffnung. Juristisch habe man diesbezüglich zwar noch nichts abgeklärt, so Devenoges, aber: «Bei einem Ja werden wir diese Option auf jeden Fall prüfen.»